



Kulturausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

11. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| a) Begrüßung von Jürgen Antoni als neues Ausschussmitglied | |
| b) Umstellung der Tagesordnung | |
| Der Ausschuss erhebt keine Einwände. | |
| 1 Aktuelle Viertelstunde | 6 |
| Situation der Kunstsammlung Schloss Moyland | |
| Auf Antrag der SPD-Fraktion | |

2 Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen Archivgesetz Nordrhein-Westfalen – ArchivG NRW) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10028

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf am 9. Dezember 2009 abschließend zu beraten und bis dahin Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände zu erbitten.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2948 sowie Vorlage 14/2981

Berichterstattergespräch
Vorlage 14/2862

Einzelplan 02 – kulturelevante Kapitel

Erläuterungsband Vorlage 14/2800

Änderungsanträge

Der Ausschuss **lehnt** den **Änderungsantrag lfd. Nr. 2** der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

Der Ausschuss **lehnt** den **Änderungsantrag lfd. Nr. 1** der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **ab**.

Sodann **nimmt** der Ausschuss **Einzelplan 02 – Kapitel 02060** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **unverändert an**.

Anschließend **nimmt** der Ausschuss **Einzelplan 02 – Kapitel 02062** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **unverändert an**.

4 Aktuelle Situation der Musiklehrerausbildung und des Musikunterrichts in NRW **18**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2948

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 9. Dezember 2010 erneut aufzurufen.

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2948 sowie Vorlage 14/2981

Berichterstattergespräch
Vorlage 14/2862

Der Gesetzentwurf wurde am 9. September 2009 im Plenum in 1. Lesung beraten und federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie mitberatend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt.

Einzelplan 02 – kulturelevante Kapitel

Erläuterungsband Vorlage 14/2800

Änderungsanträge

(Die laufenden Nummern der Änderungsanträge entsprechen Vorlage 14/2964.)

Claudia Scheler (SPD) führt aus, die Änderungsanträge hätten nichts von ihrer Brisanz insbesondere mit Blick auf die Bibliotheken verloren, obwohl sie schon bei den letzten Haushaltsberatungen eine Rolle gespielt hätten. Die Probleme der Kommunen, die gerade die Bibliotheken schwächten, seien bekannt. Insofern ergebe sich ein dringender Handlungsbedarf des Landes, beim Bestand und beim Aufbau der Bibliotheken mitzuwirken.

Bei der Erarbeitung des Deckungsvorschlags hätten ihrer Fraktion keine Erkenntnisse über den Mittelabfluss für kreative Ökonomie vorgelegen. Mit Erstaunen habe sie nun den entsprechenden Bericht der Landesregierung sowie die beeindruckende und vermutlich teure Broschüre zur Kenntnis genommen. Allerdings stamme der größte in der Broschüre beschriebene Teil aus dem Wirtschaftsministerium. Ebenso glichen die dort aufgeführten Maßnahmen in Teilen eher einer Marketingkampagne als der konkreten Förderung kreativer Ökonomie unter kulturpolitischen Aspekten.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) erinnert daran, dass man den Mittelansatz für die kreative Ökonomie in den letzten Jahren bereits deutlich verringert habe. Dabei gehe es um die Kofinanzierung von EU-Mitteln. Daher werde man bei einem Ansatz bleiben müsse, der die Kofinanzierung weiterhin ermögliche.

Niemand habe sich in Nordrhein-Westfalen so um Bibliotheken gekümmert wie die gegenwärtige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen und beispielsweise den Etat für Bibliotheken, der im Jahr 2005 auf fast ein Viertel des alten Standes zusammengeschnitten war, bis zum Jahr 2010 sukzessive wieder auf den Stand von 1997 gebracht. Damit gehe man noch über die Verdopplung des Mittelansatzes für die Kultur hinaus.

Oppositionstricks, wie etwa, jetzt einfach 1 Million € draufzulegen, um sich bei den Bibliotheken beliebt zu machen, reichten nicht aus. Vielmehr würden die Koalition und die Landesregierung die Bibliotheken auch weiterhin sehr seriös und ordentlich beraten. Die Bibliotheken wüssten sich bei der jetzigen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen in guten Händen.

Oliver Keymis (GRÜNE) erklärt, nachdem er seiner Fraktion ihm Rahmen einer sehr intensiven haushaltspolitischen Debatte dargelegt habe, dass der Kulturhaushalt insgesamt einen Aufwuchs erfahre, sei ihm signalisiert worden, in diesem Jahr keine Änderungsanträge zu stellen. Seine Fraktion gehe in diesem Jahr insgesamt restriktiver mit Änderungsanträgen um.

Er plädiert dafür, über Kreative Ökonomie grundsätzlich zu diskutieren. Im Jahr 2000 hätten SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Regierungsbildung darüber verhandelt, diesen Bereich aus dem Wirtschaftsministerium herauszunehmen und dem damaligen Kultusministerium anzugliedern, was er nach wie vor für sinnvoll halte, um der derzeitigen nicht konstruktiven Situation im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftsministerin und Kulturstaatssekretär zu entkommen. Daher könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Er weist die Unterstellung von Prof. Dr. Thomas Sternberg zurück, die Opposition arbeite mit Tricks. Vielmehr handele es sich um einen legitimen und ordentlichen Änderungsantrag. Allerdings mahnt er aufgrund der Deckung des Antrags, die er nicht habe nachvollziehen könne, und der intensiven Debatte über das Bibliotheksgesetz zur Zurückhaltung.

Die Opposition begrüße, dass der Ministerpräsident dafür Sorge, dass wenigstens der Kulturetat nicht leide. Er stellt die Frage, ob dies in der nächsten Legislaturperiode so bleibe, sofern CDU und FDP die Wahl gewinnen würden.

Claudia Scheler (SPD) betont, die Opposition werde trotz der von Prof. Dr. Thomas Sternberg gezeigten Statistik nicht in Sack und Asche gehen, sondern sich der aktuellen Situation und der insbesondere bei den Bibliotheken drängenden Fragen annehmen. Sie stimmt Oliver Keymis zu, dass man im Zusammenhang mit einem Bibliotheksgesetz über weitergehende Fragestellungen zu diskutieren habe, was sicher-

lich auch ein Thema im Wahlkampf sein werde. Gleichwohl bedürfe es einer aktuellen Unterstützung gegen die gegenwärtige Not.

Sie bekräftigt die Forderung, dass der Ansatz der kreativen Ökonomie in den Zuständigkeitsbereich des Kulturausschusses gehöre. Ministerin Thoben verwende die Mittel sehr wirtschaftsorientiert. Dies liege an einem anderen Verständnis des Ansatzes, aus dem heraus die Ministerin zum Beispiel immer wieder von kreativen Müllern spreche. Aufgrund des im Vergleich zum Gesamthaushalt knappen Kulturetats könne man aber keine Image- und Werbekampagnen der Wirtschaftsministerin finanzieren. Allerdings werde sich die SPD-Fraktion guten Programmen nicht verschließen.

Angela Freimuth (FDP) erinnert daran, dass sich der Kulturausschuss in den letzten Jahren wiederholt mit der Situation der Bibliotheken beschäftigt und etwa die Kürzung ihrer Förderung kritisiert habe, die die grundlegende Struktur und Arbeitsfähigkeit der Bibliotheken gefährde. Deshalb seien die Mittel – wie auch im aktuellen Haushaltsansatz – wieder kontinuierlich erhöht worden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt halte sie aber in Bezug auf ein Bibliotheksgesetz noch nicht alle Fragen für abschließend geklärt und nennt beispielhaft die Unterstützung kommunaler Bibliotheken.

Zum Deckungsvorschlag und dem Ansatz der Kulturwirtschaft führt sie aus, in Nordrhein-Westfalen entstünden vergleichsweise viele Arbeitsplätze und ein Mehrwert für die Kultur und die Kreativität. Daher müsse man gerade diesen Bereich in einer konjunkturell schwierigen Zeit mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten. Oliver Keymis entgegnet sie, die Koalition sei gerne bereit, auch nach der Landtagswahl weitere kulturelle Aktivitäten voranzubringen. Sie plädiert dafür, zunächst einmal das Votum der Wählerinnen und Wähler abzuwarten.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) kündigt an, seine Fraktion werde im Haushalts- und Finanzausschuss zwei kleinere Änderungsanträge einbringen, die jedoch zu keinen großen Veränderungen führten. Für dieses Vorgehen entschuldige er sich, da es ihm lieber gewesen wäre, die Anträge heute im Fachausschuss zu beraten.

Trotz der Krise und der erheblichen Kosten im Rahmen des Projekts RUHR.2010 habe man den Ansatz zum fünften Mal erhöht, womit man das Versprechen einlöse, den Ansatz zu verdoppeln. Dafür gebühre der Fachabteilung und dem Staatssekretär Dank.

Der Ausschuss **lehnt** den **Änderungsantrag lfd. Nr. 2** der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

Der Ausschuss **lehnt** den **Änderungsantrag lfd. Nr. 1** der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **ab**.

Sodann **nimmt** der Ausschuss **Einzelplan 02 – Kapitel 02060** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **unverändert an**.

Anschließend **nimmt** der Ausschuss **Einzelplan 02 – Kapitel 02062** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **unverändert an**.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens bittet darum, die angekündigten Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss näher zu erläutern.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) führt aus, es gehe zum einen um eine Verpflichtungsermächtigung zur Ausrichtung des Landestheatertreffens der Bundesrepublik im Jahr 2011 in Detmold. Bei diesem wiederkehrenden Ereignis sei auch in der Vergangenheit entsprechend verfahren worden.

Zum anderen gehe es um die Absicherung der institutionellen Förderung des Westpreußischen Landesmuseums in Münster. Auch hier gehe es nur um einen geringen Betrag, da der wesentliche Teil vom Bund und vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe getragen werde.